

VERBAND DER ELTERNRÄTE DER GYMNASIEN NIEDERSACHSENS E.V.



Liebe Mitglieder,

für die Berichterstattung der Dewezet vom 1.8.17 zum Thema „Abordnungen der Gymnasiallehrer an die Grundschulen“ ist uns die Freigabe zur Veröffentlichung erteilt worden. Diesen Bericht sende ich Ihnen nachstehend zu Ihrer weiteren Verfügung.

„Ein Akt der Verzweiflung“

Elternverband kritisiert Lehrer-Abordnungen scharf / Auch Hamelner Gymnasien müssen Pädagogen abgeben

VON DOROTHEE BALZEREIT

HAMELN-PYRMONT. Die Landesregierung hat beschlossen, Gymnasiallehrer in Grundschulen und andere Schulformen zu schicken, damit sie dort Lücken in der Unterrichtsversorgung stopfen. Das gilt vor allem für die Grundschulen, die Priorität genießen. Der Anfang 2016 gestartete Versuch, Gymnasiallehrer zu finden, die die Aufgabe freiwillig übernehmen, ist gescheitert. Nun lässt das Land Pädagogen zwangsweise abordnen. Die sich daraus ergebende Anweisung der Landesschulbehörde, die derzeit an die Schulleitungen versendet wird, müssen die Lehrer befolgen (wir berichteten) – auch wenn sie sehr kurzfristig erfolgt.

Auch Gymnasiallehrer aus dem Landkreis Hameln-Pyrmont werden künftig an anderen Schulen stundenweise aushelfen müssen, um die Unterrichtsversorgung dort zu gewährleisten. Das bestätigte gestern Petra Wiedenroth, Geschäftsführerin des Verbandes der Elternräte der Gymnasien Niedersachsens.



Um Lücken in der Unterrichtsversorgung zu schließen, müssen Gymnasiallehrer an Grundschulen aushelfen.

SYMBOLFOTO: DPA

➔ Beim Philologenverband läuft schon das Telefon heiß

Die Schulen im Kreis seien durchgängig betroffen. Der Verband sprach sich gestern gegen die Zwangsabordnung der Gymnasiallehrer aus und forderte, die Unterrichtskürzungen an Gymnasien einzustellen. Insgesamt geht es um 10 000 Stunden (etwa 400 Vollzeitlehrerstellen), um die Versorgung der Grundschulen zu sichern.

Wie viele es an welchen Schulen sein werden, war gestern nicht zu erfahren – für die Schulleitungen war es der erste Arbeitstag nach den Ferien, der durch Konferenzen ge-

prägt war. Dass die Abordnungen der Lehrer thematisiert wurden, ist anzunehmen.

Lediglich aus Hessisch Oldendorf wird schon berichtet, dass die Oberschule eine ganze Stelle, also 25 Wochenstunden, zur Verfügung stellen muss.

Beim Philologenverband lief schon gestern das Telefon heiß. Auch aus Hameln-Pyrmont hat sich bereits ein Pädagoge gemeldet, der um Hilfe ersuchte. „Viele wollen wissen, ob das, was passiert, rechtmäßig ist“, sagt Philologenchef Horst Audritz.

Claudia Wiedenroth, die als Politikerin auch im Hamelner Stadtrat für die CDU vertreten ist, übte scharfe Kritik an der Politik von Kultusministerin

Frauke Heiligenstadt (SPD). Sie bezeichnete das Vorgehen als einen „Akt der Verzweiflung“.

Das Kerngeschäft, nämlich eine ausreichende Unterrichtsversorgung, sei gescheitert, und zwar nicht nur an den Grundschulen. Auch an den Gymnasien fiele inzwischen massiv Unterricht aus, inzwischen auch immer öfter Pflichtfächer wie Mathematik, Englisch oder Deutsch, obwohl das von der Landesregierung immer wieder dementiert werde.

Im letzten Schuljahr seien an den Gymnasien im Mittel höchstens 97 Prozent der im Stundenplan ausgewiesenen Unterrichtsstunden erteilt worden, – „auch in Hameln-Py-

mont, bis auf kleinere Schwankungen“, so Wiedenroth.

Mit zwangsweisen Abordnungen von Gymnasiallehrern an andere Schulformen drohe ein weiterer Rückgang der tatsächlichen Unterrichtsversorgung auf 95 Prozent oder weniger, heißt es vom Verband. Dann breche die Unterrichtsversorgung an den Gymnasien endgültig zusammen.

Dass die Hiobsbotschaft gerade jetzt, am Ende der Ferien, kommt, ist für Wiedenroth kein Zufall. „Die Schulen sind noch gar nicht handlungsfähig“, sagt sie. Besonders ärgerlich sei zudem, dass die Lehrpläne, die schon standen, nun Makulatur sind.

Wiedenroth spricht von ei-

nem absoluten Bildungsnotstand. Es sei auch nicht, wie von der Landesregierung behauptet, nur ein generelles Problem des Lehrermangels, heißt es vom Verband. Im letzten Schuljahr seien für die Gymnasien weniger Stellen ausgeschrieben worden, als Studienabsolventen verfügbar waren.

„Man kann nicht ein Feuer löschen, indem man ein neues Feuer entfacht“, erklärt Dr. Hartwig Jeschke, Vorsitzender des Elternverbandes.

Jetzt, zwei Tage vor Schuljahresbeginn, die Lehrkräfte gegen ihren ausdrücklichen Wunsch zwangsweise an eine Schulform abzuordnen, sei ein fatales Signal für Schüler, Eltern und Lehrer.

Liebe Mitglieder,

der Aufruf des Verbandes, gegen die anhaltend schlechte Unterrichtsversorgung und die weitere Abordnung von Gymnasiallehrern zu protestieren, ist auf ein großes Medienecho getroffen. Die HAZ berichtete in der Ausgabe vom 16.8.17 auf der Titelseite von unserer Aktion. Für den beigefügten Bericht ist uns nun die Freigabe zur Veröffentlichung erteilt worden.

Eltern machen gegen Schulpläne des Landes mobil

„Verplemperte Stunden“: Gymnasialkräfte geben an Grundschulen oft keinen Unterricht, sondern überwachen Pausen und Hausaufgaben

Von Saskia Döhner

Hannover. Der in Teilen chaotische Start des Schuljahres ruft jetzt zunehmend auch die Elternvertreter auf den Plan. Der Verband der Elternräte der Gymnasien verschickt heute einen Aufruf an alle 260 Gymnasien im Land und fordert darin zu massivem Protest gegen Lehrerabordnungen an die Grundschulen auf. „Wir Eltern werden nicht länger zusehen, wenn unseren Kindern dadurch weitere Bildungschancen verwehrt werden“, heißt es in dem Schreiben, das der HAZ vorliegt. „Es brennt an den Schulen“, sagt die Verbandsgeschäftsführerin Petra Wiedenroth, „und auch die Standorte, die jetzt noch nicht betroffen sind, werden bald betroffen sein.“

Nach Schätzungen des Philologenverbands müssen landesweit mehr als 1000 Lehrer vorübergehend an Grundschulen unterrichten. Die Rede ist von rund 10 000 fehlenden Lehrerstunden. Schulen müssen jeweils zwischen 30 und 130 Lehrerstunden abgeben.

Besondere Empörung herrscht darüber, dass offenbar viele der abgeordneten Pädagogen gar nicht für den Kernunterricht benötigt werden, sondern für den Zusatzbedarf. Das heißt, sie machen Pausenaufsicht, helfen bei Hausaufgaben oder sind Zweitkraft in Sprachlernklassen. Andere werden völlig fachfremd eingesetzt: Eine Englischlehrerin erteilt Religion, ein Biologie- und Chemielehrer macht jetzt Sport mit Grundschulern. Bei einer Dienstbesprechung an einer Schule in der Region Hannover wurde der Satz eines Mitarbeiters aus dem Kultusministerium publik: An den Grundschulen würden „warme Körper“ benötigt.

„Da werden wertvolle Unterrichtsstunden verplempert“, kritisiert Philologenchef Horst Audritz. Mit fatalen Folgen: Gymnasien müssten ihre Oberstufenangebote einschränken, moniert Wiedenroth. Für Aufsichten könnten doch auch pädagogische Mitarbeiter oder notfalls Eltern eingesetzt werden.

Laut Ministerium sollen die abgeordneten Pädagogen vorrangig

„
Es reicht
jetzt mit dem
Ausfall.“

Mike Finke,
Landeselternrat

für den Fachunterricht eingesetzt werden. In den Jahrgängen 3 und 4 gehörten auch Arbeitsgemeinschaften zum Pflichtunterricht.

Sindy Czaja, dreifache Mutter aus der Wedemark, hat jetzt unter www.fehlstunden-nds.de ein Portal eingerichtet, in dem Eltern, Schüler und Lehrer ausgefallene Stunden eintragen können. Vorbild ist eine Elterninitiative aus Schleswig-Holstein. „Es reicht jetzt mit dem Unterrichtsausfall“, findet auch der niedersächsische Landeselternratsvorsitzende Mike Finke. Abordnungen seien die pädagogisch schlechteste Lösung. Besser sei es, wenn Grundschullehrer vier Überstunden in der Woche machten oder die zahlreichen Teilzeitkräfte ihre Stunden einfach aufstockten. Auch Kinder hätten lange Tage: „Viele Schüler gehen um 6.30 Uhr aus dem Haus und kommen vor 16 Uhr nicht zurück, und dann machen sie auch noch Hausaufgaben.“ Wenn viel Unterricht ausfalle, müssten auch die Arbeiten angepasst werden. Das geschehe bislang nicht: „Ein Unding.“